

SOWJETZONE

Zur Wirtschaftslage der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Winter 1957/58

Schon des öfteren ist an dieser Stelle in der vierteljährlichen Berichterstattung über die SBZ auf die Spannungen zwischen führenden Parteifunktionären der SED hingewiesen worden. Immer stand Ulbricht als der Exponent eines harten stalinistischen Kurses im Brennpunkt solcher Spannungen, die sich nach der letzten großen Säuberung — der Liquidierung der „Fraktion“ Zaisser-Herrnstadt unmittelbar im Zusammenhange mit der Niederschlagung des Juniaufstandes 1953 — jedoch nur in „Randgewittern“ entluden und zur Ausschaltung von zweitrangigen antistalinistischen Funktionären, wie u. a. Harich, Janka, Bloch, Kantorowicz und Vieweg, führten. Der oberste Führungsapparat der Partei blieb lange Zeit, auch noch nach der seit der Entgötzung Stalins für ihn wohl schwersten Belastung durch die ungarischen und polnischen Ereignisse, nach außen von solchen Reinigungen unberührt. Noch im Sommer vorigen Jahres war dies an dieser Stelle damit begründet worden, daß es damals noch zu gefährlich und bei dem angeblich beabsichtigten friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb mit der Bundesrepublik nicht opportun gewesen sei, die künstlich aufrechterhaltene Einheit zwischen Stalinisten und NichtStalinisten im obersten Führungsgremium der SED aufs Spiel zu setzen.

Heute, nachdem sich das politische Gewitter unmittelbar im Spannungszentrum selber entladen und zur Maßregelung der Spitzenkräfte Wollweber, Oelßner und Schirdewan geführt hat, wissen wir, daß schon damals von Ulbrichts Beauftragten in bewährter bolschewistischer Heimlichkeit und Systematik an dem Netz gearbeitet wurde, in dem sich die Ulbrichtgegner jetzt, nachdem Ulbricht seine eigene Position durch entsprechende Rückversicherung im Kreml gesichert hatte, plötzlich gefangen sahen. Der Selbstmord Zillers im Dezember 1957, der offiziell mit Depressionen dieses bis dahin bewährten und relativ jungen Spitzenfunktionärs der SED für Wirtschaftsfragen begründet worden ist, war wie ein Wetterleuchten vor diesem Gewitter. Die Depressionen Zillers entstammten unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten mit Ulbricht, die Ziller viel stärker mitgenommen haben müssen als die Strapazen seiner Haft im Dritten Reich. Er wählte nicht den billigen Ausweg der Selbstkritik, er floh auch nicht wie Kantorowicz und Vieweg nach dem Westen, weil seine Solidarität mit seiner politischen Hei-

mat stärker war. An dem Konflikt mit Ulbricht zerbrach er innerlich und wählte den Tod. Dies mußte auf die anderen Gegner Ulbrichts wie ein Signal wirken. Es ist sogar die Vermutung aufgetaucht, daß er derjenige gewesen sein könnte, der unter dem Einfluß von Alkohol die Äußerungen gegen Ulbricht getan habe, die diesem den Fingerzeig auf die sich formierende Oppositionsgruppe gegeben hätten. Als ihm dies klar geworden sei, habe er keinen anderen Ausweg mehr als den Tod gesehen. Was hieran wahr ist, können wir noch nicht überblicken.

Jetzt hat Ulbricht zugeschlagen. Es sollte schon Mitte Januar geschehen, aber die für den 15. Januar 1958 anberaumte Plenumsitzung des ZK wurde überraschend und ohne Begründung verschoben. Oelßner, der eigentliche Parteitheoretiker, dem gegenüber Ulbricht oft Minderwertigkeitskomplexe verspürt haben könnte, Schirdewan, der von ihm selbst als Nachfolger Dahlems protegierte „Kaderchef“, und Wollweber blieben auf der Strecke. Die Begründungen für diese Maßregelungen sollten wir nicht zu ernst nehmen, sie sind typische Formulierungen der innerparteilichen kommunistischen Machtkämpfe. Wenn sie wirklich zuträfen, dann hätten die Gemaßregelten nicht wenige Tage später an der Volkskammersitzung der SBZ teilnehmen können, sondern man hätte sie, wie seinerzeit Merker und Kreikemeyer, auf Nummer Sicher gebracht. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß sie etwa Gedanken verfolgt hätten, die auf der Linie Gomulkas liegen würden. Es genügte, daß sie, möglicherweise nur aus taktischen Gründen, mit dem scharfen Kurs Ulbrichts nicht einverstanden waren. Und sie sind keinesfalls die einzigen mit dieser Überzeugung aus seiner näheren Umgebung.

Es könnte durchaus sein, daß ihre Maßregelung nur eine Vorbereitung auf noch bedeutendere Bereinigungen gewesen ist; denn es ist nicht zu verkennen, daß das schon vor einem Vierteljahr angekündigte und am 11. Februar beschlossene Gesetz zur Vervollkommnung und Verbesserung des Staatsapparates mit der Auflösung des Wirtschaftsrates beim Ministerrat und aller Industrieministerien und der Aufteilung ihrer Funktionen auf die unteren Wirtschaftsorgane bzw. auf die Restabteilungen im Bereiche der Staatlichen Plankommission sich besonders auf die Bedeutung solcher Funktionäre wie Selbmann auswirken wird.

Diese neuerlichen Umorganisationen der gesamten Wirtschaftsbürokratie sollen im Laufe dieses Jahres restlos abgeschlossen sein. Es erübrigt sich, hier näher auf sie einzugehen, weil sie nicht die letzten sein werden, und weil es besser ist, ihre praktischen Auswirkungen zu studieren. Mag man jetzt auch von dem „Demokratischen Zentralismus“ als dem „entscheidenden Hebel“ faseln; im Grunde hat sich am System kaum etwas geändert. Der Mensch als Verbraucher steht „im Schatten“, politisch und als Arbeitskraft steht er ständig unter Druck

und hat mit aller Kraft der Wirtschaft und damit dem System zu dienen.

In dieser vom Standpunkt des Mannes auf der Straße sinnwidrigen Ordnung liegen auch die Ansatzpunkte zu den letzten Maßregelungen. Wollweber kannte aus den Berichten seiner Spitzel und Zuträger die Stimmung der Bevölkerung, Schirdewan, als der Personalboß der Partei, durch den Kontakt mit den unteren Organen ebenso, und auch Oelßner als Verantwortlicher für Handel und Versorgung kann nicht so blind gewesen sein, daß er die wirkliche Lage der Verbraucherschaft der SBZ nicht gesehen haben sollte. Sie konnten in dem harten Kurs Ulbrichts keinen Weg zur Besserung erblicken.

*

Dieser harte Kurs hat viele Fronten. Innerhalb der Partei wird gesäubert, besonders bei den für Schule, Erziehung und Wissenschaft zuständigen Kräften. Sekretär Wandel des ZK mußte unlängst seinen Posten aufgeben. Der Parteisekretär der SED-Gruppe an der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, Dozent Heinz Horn, der sich noch im Kampf gegen den „abtrünnigen“ Professor Bloch hervorgetan hatte, nahm sich kürzlich das Leben. Eine Reihe von Dozenten flüchtete nach dem Westen. Becher mußte als Kulturbund-Präsident einem anderen Platz machen. Prof. Kuczynski, einer der wirtschaftswissenschaftlichen Experten der SED, mußte sich Mitte Februar im „Neuen Deutschland“ den Vorwurf der Lüge und unmarxistischer Arbeit gefallen lassen. An einer anderen Front des harten Kurses kämpft die SED gegen die Kirche. Zahlreiche Verurteilungen von Geistlichen wegen Boykotthetze, Verleitung zur Republikflucht und wegen Verstößen gegen die Geldumtauschbestimmungen sowie andere Schikanen gegen die kirchliche Arbeit sprechen eine deutliche Sprache. Daneben hat die SED jetzt jede Rücksichtnahme im Kampf gegen die Privatwirtschaft aufgegeben. Den Gewerbetreibenden vieler Branchen ist die Kollektivierung bis spätestens zum Jahre 1960 angedroht worden. War die Steuerpolitik schon seit langem ein Mittel des Klassenkampfes, so hat man diese Methode neuerdings weiter spezialisiert. Die Sätze der sog. Produktions- und Dienstleistungsabgabe wurden nach einer internen Anordnung der Abgabenbehörde für private Güterkraftverkehrsbetriebe, für Reparaturwerkstätten für Elektromotoren, -generatoren und Transformatoren — bei diesen um 50 vH — und für die Lohnmüllerei erhöht, um ihre Wettbewerbsfähigkeit mit der volkseigenen Konkurrenz zu beschneiden. Unter besonderem Druck steht wieder die private Landwirtschaft, für die die staatlichen Motoren- und Traktorenstationen nicht mehr herangezogen werden sollen, um die Bauern wegen des Fehlens eigener Trecker zum Eintritt in eine Produktionsgenossenschaft zu veranlassen. Die in jedem Jahr auch aus der Zone

stark besuchte Grüne Woche in West-Berlin zählte in diesem Jahr nur etwa 25 vH Besucher aus der SBZ, weil die bäuerlichen Interessenten durch scharfe Absperr- und Kontrollmaßnahmen an der Fahrt nach West-Berlin gehindert wurden. Auch die Ärzteschaft, die bisher mit Samthandschuhen angefaßt worden ist, sieht sich einer scharfen Behandlung ausgesetzt. Alle Privatpraxen sollen allmählich in einer Poliklinik aufgehen oder in eine Staatspraxis umgewandelt werden.

Die ganze Situation erinnert an die gespannten Wochen und Monate des ersten Halbjahres 1953, als die SED schon einmal den harten Kurs auf die Spitze trieb. Sie kämpft praktisch nach allen Seiten; nicht nur gegen Abweichungen in den eigenen Reihen, nicht nur gegen die Kirche und die Privatwirtschaft, sondern auch gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung nach ständiger menschlicher Verbindung mit Verwandten und Freunden im Westen und gegen die nach ihrer Meinung ungerechtfertigten Lohnansprüche der Arbeiterschaft.

Das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs (AZKW) hat kürzlich die Aufgaben der Ausweis-, Geld- und Gepäckkontrolle von der Grenzpolizei übernommen, weil diese andere Aufgaben zu erledigen hat. Das Personal besteht zu einem großen Teil aus Menschen, die einer praktischen Arbeit keinen großen Geschmack abgewinnen können und die charakterlich nicht immer den besonderen Bedingungen ihrer unangenehmen Tätigkeit gewachsen sind.

Die Arbeiterschaft, der zu dienen dieses System behauptet, hat in der letzten Zeit sehr deutlich erfahren, was man beabsichtigt, um die Normenschraube nach oben zu drehen. Das Leistungslohnsystem sei durch falsche Normen durcheinander geraten, die vom Staat gewünschte Lohnstruktur stimme nicht mehr, da es nicht mehr auf wirkliche Leistung, sondern auf die Fähigkeit zur Normenschinderei ankomme, und der Leistungslohn müßte besser durch einen Prämienzeitlohn ersetzt werden. Der Chefnormenbeauftragte der Chemischen Werke Buna, Halle, Freyhoff (SED), wurde wegen angeblichen Versagens bei der Lösung des Normenproblems so unter Druck gesetzt, daß er Selbstmord verübte. Die Arbeiter werden beschimpft, weil sie nicht freiwillig Lohnkürzungen zustimmen. Die Arbeitsproduktivität ist zu gering, die Selbstkosten sind zu hoch und die Zahl der Arbeitskräfte kann, so heißt es offiziell, künftig nicht mehr erhöht werden. Der hochentwickelte mitteldeutsche Maschinenbau muß in erster Linie dem Export in den Ostblock und in die Entwicklungsländer dienen. Für die Rationalisierung der eigenen Industrie bleiben kaum Möglichkeiten, ja sogar die Exportpläne werden nur unzureichend realisiert, so daß die SBZ im Jahre 1957 mit einem Außenhandelsdefizit abschloß. In dieser Situation müßte die Arbeiterschaft besonders behutsam und klug behandelt werden. Das ist jedoch

nicht der Fall. So wurden fünf Arbeiter des VEB Anna Seghers in Neuhaus, Bez. Suhl, zu insgesamt neuneneinhalb Jahren Zuchthaus und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie gegen eine einseitig zugunsten der Parteifunktionäre im Betrieb angewandte Prämienordnung protestiert und zu einem Streik aufgerufen hatten. Das Bezeichnende an diesem Urteil ist die Begründung. Sie lautet nicht auf Aufruf zum Streik, sondern auf Boykotttätigkeit. Die Staatsgewerkschaft sah keine Veranlassung, ihre Mitglieder gegen solche Staatswillkür zu schützen. Nicht von ungefähr hat der Vorsitzende des FDGB, Warnke, kürzlich die absolute Führungsrolle der Partei betont und die bisher geleistete Gewerkschaftsarbeit kritisieren müssen.

Daß unter solchen Umständen z. T. beachtliche Produktionsleistungen trotzdem erzielt werden, spricht nicht für das System, sondern für die Arbeiterschaft. Der Bau von Kraftmaschinen hat zwar noch nicht die Leistung westdeutscher Maschinenkapazitäten erreicht, er kann sich aber trotzdem sehen lassen. Die SBZ als größter Braunkohlenproduzent der Welt mußte schon immer besonderen Wert auf die Entwicklung und den Bau von Großgeräten für den Tagebau legen. Sie ist darin mit führend in der Welt. Sie baute Förderbrücken und andere Großgeräte außer für den eigenen Bedarf auch für Polen, Bulgarien und Indien. Auf mitteldeutschen Werften liefen 1957 100 000 BRT vom Stapel. Auch die diesjährige Frühjahrsmesse in Leipzig wird dem ausländischen Betrachter wieder den Eindruck eines hohen technischen Entwicklungsstandes vermitteln. Sicherlich wird man auch gebührend auf den ersten Atommeiler der SBZ in Rossendorf, Bez. Dresden, hinweisen. Solche Leistungen sollen hier durchaus anerkannt werden, aber sie sind eben nicht allgemeingültig, sondern der Ausdruck höchster Konzentration der vorhandenen Produktionsfaktoren und einer Bevorzugung einzelner Fertigungsbereiche, hinter denen das übrige Leistungsniveau mehr oder weniger stark zurückbleiben muß.

Weil man sich mit Polen nicht über die Benutzung des Stettiner Hafens einigen konnte (eine andere Version lautet, daß die Sowjets wünschten, ihre Seeverbindung zur SBZ nicht über polnische Umschlaghäfen laufen zu lassen) und die Ausgaben für die Inanspruchnahme der Hamburger Hafenanlagen einsparen will, sollen nun in Petersdorf bei Rostock ein großer Ölhafen und ein Frachthafen mit einem Kostenaufwand von mehreren Hunderten von Millionen errichtet werden. Das ist auch ein Fall von besonderer Hochleistung, aber zugleich ein Beitrag zur Wiedervereinigung, dessen Konsequenzen Hamburg eines Tages zu spüren bekommen wird. Die Zone könnte diese Häfen glatt entbehren, wenn sie die Dienstleistungen im Hamburger Hafen über den Interzonenhandel bezahlen würde, auf dessen Erweiterung gerade in Ost-Berlin soviel Wert gelegt wird.

In dieser Situation hat sich die Bundesrepublik bereit gefunden, im Interzonenhandel ein Sonderkonto „S“ einzurichten, über das die Zone, wenn sie die auf dem Unterkonto 8 vereinbarten Lieferungen an die Bundesrepublik geleistet hat, harte Ware, also Stahl und Eisen frei einkaufen kann. Der Bau der neuen Konkurrenzhäfen für Hamburg wird viel Eisern und Stahl verschlingen, aber beides kann ja jetzt frei bei uns gekauft werden, also ist doch alles in Ordnung. Ob die Hamburger Hafenarbeiter das auch finden? Wir spielen den wilden Mann, wenn jemand den Gedanken erwägt, den zonalen Willkürstaat diplomatisch anzuerkennen, aber wir liefern ihm Ware, mit der er sich immer stärker wirtschaftlich emanzipieren kann. In diesem besonderen Falle aber unterstützen wir mit dem Interzonenhandel, der ja immer als Kontaktmittel auf „Förderbrücke“ zur Wiedervereinigung bezeichnet wird, ein Projekt, das nur auf die ständige Spaltung Deutschlands abzielt. Ist unser Handeln hierbei in einer tragischen Verkettung zwischen Gut und Böse gefangen, oder sind wir nicht einfach unlogisch?

Die Bevölkerung der Zone hat für solche Erwägungen oft eine feinere Antenne als wir im Westen. Sie hat sich nicht gewundert, daß der Antrag Dr. Heinemanns, die angeklagten Kirchenbeamten Grünbaum und Klewitz vor Gericht in der SBZ verteidigen zu wollen, von den Zonenbehörden abgelehnt worden ist. Sie hat sich aber gewundert, daß dem SED-Rechtsanwalt Kaul in West-Berlin und in Westdeutschland keine Schwierigkeiten gemacht werden. Nun könnten wir uns zwar auf den Standpunkt stellen, wir dürften uns das leisten, weil unsere Position stark genug ist. Die hektische Angst der Zonenbehörden vor jedem nicht kontrollierten Kontakt ihrer Angehörigen und der Bevölkerung Mitteldeutschlands mit Personen und Einrichtungen der Bundesrepublik spricht dafür, daß die innere Unsicherheit bei Gesprächen und Verhandlungen trotz aller dialektischen Raffinessen immer auf der Seite Pankows liegen würde und wir den Gedanken einer den anderen tolerierenden Koexistenz, nicht zu fürchten hätten, weil naturgesetzlich immer bei solchen Berührungen eher Zwang und Terror aufweichen, als die wahre demokratische Freiheit untergraben werden könnte. Das klingt überzeugend und echt und ist es leider doch nicht ganz; denn die vom Osten gewünschte Koexistenz will Toleranz nicht aus Überzeugung, sondern nur so lange, wie sie taktisch zweckmäßig ist.

Noch immer ist die Fluchtbewegung aus Mitteldeutschland nach dem Westen ein Gradmesser dafür, wie sehr Pankows System als Fessel empfunden wird. Zugleich beweist die offizielle Reaktion auf die sogenannte Republikflucht, daß sie in Ost-Berlin nicht nur als lästiges Übel, sondern als politische Demonstration und als wirtschaftlicher Druck gewertet wird. „Die Re-

publikflucht ist Verrat an der Arbeiterklasse“, „... sie ist nicht nur Verrat, sie ist auch eine Dummheit“. So heißt es offiziell. Nach den Statistiken des Bundesnotaufnahmeverfahrens haben im Jahre 1957 mehr als 260 000 Menschen die SBZ verlassen, von denen 110 000 über West-Berlin, 71 000 über Gießen und 80 000 über Uelzen den Weg in die Freiheit nahmen. Von ihnen waren 16,5 vH jünger als 14 Jahre, 35,7 vH im Alter zwischen 14 und 25 Jahren, 42,9 vH im Alter zwischen 25 und 65 Jahren und nur 4,9 vH 65 Jahre alt und darüber. Diese Altersstruktur der Abwanderung bedeutet einen zusätzlichen Vergreisungseffekt für die in der Zone Zurückbleibenden; denn bei ihnen beträgt der Anteil der Altersgruppe 65 Jahre und mehr etwa 13 vH (zum Jahresende 1956 12,8 vH; Jahresende 1950 erst 10,5 vH). 64,6 vH der Flüchtenden standen im Berufsleben, 19,6 vH waren Kinder, Schüler und Studenten, 10 vH waren Hausfrauen und 5,8 vH waren Empfänger von Sozialeinkommen. Der Anteil der in Industrie, Handwerk und anderen technischen Berufen Tätigen hat sich von 21,5 vH (Jahresdurchschnitt 1952—1955) auf knapp 26 vH erhöht. Seit 1949 haben auf diesem Wege etwa 2 Mill. Menschen die Zone verlassen, was immerhin der Bevölkerung von Schleswig-Holstein ohne die Stadt Lübeck entsprechen würde. Es sei hier noch einmal betont, daß diese Zahlen von uns nicht mit Schadenfreude, sondern mit großer Besorgnis betrachtet werden müssen; denn die Abwanderung freitlich gesonnener und das Ulbricht-Regime ablehnender Menschen ist im gesamtdeutschen Interesse langfristig schädlicher als die augenblicklich dadurch hervorgerufenen Störungen am sowjetzonalen Arbeitsmarkt.*

Jetzt lassen sich auch Schätzungen über das Ergebnis der am 13. Oktober 1957 durchgeführten Geldumtauschaktion (vgl. Dezemberheft 1957 dieser Zeitschrift) anstellen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in West-Berlin hat in seinen Untersuchungen (Wochenbericht Nr. 3/1958) die sowjetzonale Behauptung, daß durch diese Aktion der Bargeldumlauf insgesamt um 2,1 Mrd. DM reduziert worden sei, an Hand der von Pankow bei anderen Gelegenheiten veröffentlichten Zahlen als falsch nachgewiesen. Nur etwas mehr als 500 Mill. DM können danach als effektive Kürzung des Bargeldumlaufes beziffert werden, von denen etwa 10 vH auf Bestände in West-Berlin und in Westdeutschland entfallen sein dürften.

Wider Erwarten hat die Notenbank ihre Dekadenausweise über den Geldumlauf mit dem 31. Dezember 1957 wieder aufgenommen. In allen Jahren vorher lag der Umlauf an diesem Stichtag um 300 bis 500 Mill. DM unter der Weihnachtsspitze. Nimmt man an, daß diese Differenz im Jahre 1957 auch 300 Mill. DM betragen hätte, so wäre die tatsächliche Um-

laufreduzierung nur noch etwa mit 320 Mill. D-Mark zu beziffern: Umlauf Ende September 1957 = 5,72 Mrd. DM abzüglich geschätzter Umlauf am 20. Dezember mit 3,8 Mrd. DM ergibt Differenz von 1,92 Mrd. DM; darin enthalten: 0,8 Mrd. DM noch nicht überprüfte Umtauschkonten und 0,8 Mrd. DM Übertragung auf Sparkassenkonten ergibt tatsächliche Einschränkung des Umlaufes von 320 Mill. DM. Die eigentliche Wirkung dieser Aktion lag also nicht in einem Schlag gegen die bösen Kapitalisten im Westen oder die Bargeldspekulanten, sondern in einer Umwandlung privaten in öffentliches Geldeigentum. Die als nichtberechtigten bezeichneten privaten Umtauschbestände wurden ja zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben und damit zur Entlastung des Etats verwendet.

Vom Ende Dezember 1957 mit einem Umlauf von 3,48 Mrd. DM ist bis zum 10. Februar 1958 bereits ein Zuwachs auf 3,92 Mrd. D-Mark, also um 440 Mill. DM, festzustellen, zu dem noch 182 Mill. DM Kassenbestände hinzuzurechnen wären, um den gesamten Bargeldbestand zu erfassen. Daraus ergibt sich, daß unsere Vermutung, daß auch nach der Umtauschaktion der Bargeldumlauf schnell wieder ansteigen werde, weil man nur an den Symptomen und nicht an der Wurzel dieser ökonomischen Krankheit herumgedoktert hatte, berechtigt war. In dem gleichen Zeitabschnitt (Ende Dezember 1957 bis 10. Februar 1958) betrug die Erhöhung des Bargeldumlaufes in diesem Jahre 440 Mill. DM, dagegen 1956/57 = 358, 1955/56 = 355 und 1954/55 nur 250 Mill. D-Mark.

Da in der SBZ das Bargeld nur durch die Auszahlung von Einkommen aller Art an die unselbständig Beschäftigten aus den Staatskassen in Umlauf gebracht werden darf, hätte man annehmen müssen, daß die Frage der Entwicklung dieser Einkommen in dem langfristigen Wirtschaftsplan der SBZ, dem 2. Fünfjahrplan, der in seiner revidierten und nunmehr vorläufig endgültigen Form erst Anfang dieses Jahres als Gesetz bestätigt wurde, auch geregelt worden ist. Im 1. Fünfjahrplan (1951—1955) konnte man noch derartige Bestimmungen finden. Der 2. Plan (1956—1960) enthält darüber nichts mehr. Dieses Eisen ist zu heiß. Lediglich im letzten Abschnitt des § 1/9 heißt es: „Im Zusammenhange mit der Aufhebung der Reste der Rationierung für Lebensmittel ist die Verteilung des Volkseinkommens zu überprüfen.“ Vom Individualeinkommen oder seiner Erhöhung ist nichts gesagt. Was des Pudels Kern in der Lohnfrage ist, ergibt sich jedoch aus dem für 1958 festgelegten Volkswirtschaftsplan. Er bestimmt folgendes: „Bei der Entwicklung des Arbeitslohnes im Jahre 1958 kommt es darauf an, das Leistungsprinzip richtig durchzusetzen und die Lohndisziplin durch konsequente Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu stärken. Die Arbeit auf dem

Gebiete des Lohnes muß dazu beitragen, das sozialistische Bewußtsein weiter zu entwickeln und die Einführung und Anwendung der neuen Technik im Produktionsprozeß zu fördern . . . Das erfordert vor allem eine Verbesserung der technischen Arbeitsnormung (was hier unter Verbesserung gemeint ist, ist völlig eindeutig, der Verf.), die richtige Anwendung der einzelnen Lohnformen zur Sicherung eines entsprechenden ökonomischen Nutzens und eine bessere Ausnutzung der Arbeitszeit“.

Von planmäßigen Lohnerhöhungen kann demnach keine Rede mehr sein. Generelle oder einigermaßen wirksame Preissenkungen hat es im Warenangebot des staatlichen Einzelhandels schon lange nicht mehr gegeben. Auch in Zukunft dürfte Pankow damit sehr zurückhaltend verfahren. Da andererseits selbst der Finanzminister Rumpf den Tatbestand von Preiserhöhungen auch im Konsumgüterbereich zugeben mußte, kann man dem Realeinkommen der mitteleuropäischen Lohn- und Gehaltsempfänger für 1958 keine Verbesserungschancen zubilligen. Auch dies gehört zu den Auswirkungen des harten Kurses. Gewiß ist die Differenz zwischen

den für den 2. Fünfjahrplan vorgesehenem Wachstumsraten der Produktion von Produktionsmitteln mit 40 vH und von Konsumgütern mit 33 vH nicht mehr so groß wie in der ursprünglichen Planfassung, trotzdem bleibt ein beträchtlicher absoluter Abstand, weil die Produktionsmittelerzeugung schon seit Jahren erheblich bevorzugt worden ist. Der Verbraucher spielt in diesem Wirtschaftssystem nun einmal die zweite Geige. Was hat er von der Ankündigung, daß nach 1960 die Bevölkerung Mitteldeutschlands mit Fleisch, tierischem Fett und Milch vollständig aus der eigenen Erzeugung versorgt werden soll, wenn es noch völlig unsicher ist, ob die Rationierung dieser Lebensmittel aufgehoben werden kann. Außerdem liegt diese Ankündigung der Selbstversorgung in auffällender Nähe des verflorenen nazistischen Autarkiefimmels. Und warum wurde der Zucker nicht erwähnt? Solange in diesem System der Produktionsfaktor Arbeit einseitig ausgebeutet wird, ohne daß seine Funktionen als Verbraucher entsprechend berücksichtigt werden, kann es keine stetige Wirtschaftsentwicklung geben.

Walter Meier